

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., halbjährlich 3 Mk. 50 Pf., jährlich 7 Mk. 50 Pf.
Postfrei das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschriften oder deren Nummern im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Mittagsblatt 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 28. Mai. Das Fest, mit dem die national-liberale Partei ihr 25jähriges Bestehen gefeiert hat, hat den alten Satz der Partikularisten gegen die Mitbürger des deutschen Reiches wieder in hellen Flammen ausbrechen lassen. Ihre Presse ergeht sich über die Partei in den gewöhnlichsten Auslassungen, allen voran, wie immer, wenn es zu schmähen und zu geistern gilt, das Organ der heftigsten Partikularisten. Die Ausdrücke ohnmächtiger Wuth, die in den „heftigsten Blättern“ zu finden sind, wirken geradezu erbebenartig. „Gefährlicher als alle äußeren Feinde“, so beginnt ein Aufsatz, der einen Beitrag zur Naturgeschichte der National-liberalen bringen soll, „als Sozialdemokraten und Anarchisten sind für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Reiches die National-liberalen.“ Und nun wird die Geschichte der Partei und ihre Vorgeschichte von der Begründung des Nationalvereins an in eingehender Weise beleuchtet. Ihre Erscheinung bietet einen der traurigsten Abschnitte in der deutschen Geschichte. Sie haben mit ihrer Theorie das innere Leben des deutschen Volkes vergiftet, und es ist für das Reich eine Lebensfrage, sich von dem Einfluß dieser unheimlichen Freunde zu befreien, denn der National-liberalismus ist der allen tödlichen Lebensformen innewohnende Zersetzungsgeist, der dem neuburgischen Reich seit seiner Geburt anhaftet. Und was der Lebenswichtigste Punkt der National-liberalen als Fehlschüsse darbringt! Es giebt wohl keinen besseren Beweis für ihre Bedeutung und ihre Wirksamkeit, als der infernalische Haß, mit dem sie von den Anhängern des ehemaligen Großdeutschthums verfolgt werden.

— Die sozialdemokratische „Münchener Post“ brachte vor Kurzem die folgende Auslassung: „Es ist landbekannt, weltbekannt, daß wir als Folgen der sozialen Umgestaltung den Zerfall jedes weltlichen und geistlichen Regiments annehmen.“ Schwinden die Interessengegenstände, und darauf arbeitet die Sozialdemokratie hin, so schwindet damit auch, langsam zwar und nicht im Handumdrehen, die Nothwendigkeit staatlicher Organisation. — Das Gleiche gilt von der Kirche. Mit zunehmender Bildung, die mit den sozialen Veränderungen Hand in Hand geht, hebt sich das, was die Welt „Moral“ nennt. Nicht aus Angst oder Angst auf Belohnung wird der Mensch sein Handeln bestimmen, sondern er wird lernen, die ethischen Motive auf sich und sein Thun einwirken zu lassen. Der Einfluß der kirchlichen Organisation, der Pfarrer, schwindet mehr und mehr; man wird ihr Vorkommen nicht mehr als selbstverständlich, ja lästig empfinden. — Aus diesen Gründen glauben wir, daß mit der Zeit gemäß und in Folge der sozialen Entwicklung jede staatliche und kirchliche Organisation, Thron und Altar schwinden werden.“ — Herr Kiehnert wird erlucht, unter Zugrundelegung dieser Anschauungen die Verschiedenheit der Ziele der Sozialisten mit denen der Sozialdemokraten darzustellen. Seiner Geschicklichkeit wird die Lösung dieses Problems wohl gelingen.

— Zu den dem Abgeordnetenhaus vom Herrenhause überwiesenen, von ersterem noch nicht erledigten Gesetzentwürfen gehört auch der Entwurf betreffend die Befreiung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militärämtern. Der Entwurf ist in einer ad hoc eingesetzten Kommission eingehend vorberathen worden und hat auch gegenüber der Herrenhauskommission einige Veränderungen erfahren. So sind einmal die Kandidaten und Kandidatinnen der Kommunalverbände mit weniger als 3000 Seelen von dem Gesetze ausgenommen worden. Die durch das Gesetz geschaffene Verpflichtung kann indeß auf sie durch königliche Verordnung ausgesetzt werden, jedoch ist dem Landtage hiervon Mitteilung zu machen. Statt des Oberpräsidenten ist sodann die Kommunalauufsichtsbefähigung mit der Befugnis betraut, zu bestimmen, welche Subaltern- und Unterbeamtenstellen den Militärämtern vorbehalten sind. Endlich ist eine Uebergangsbestimmung in das Gesetz eingefügt. Nach derselben dürfen Zivilpersonen, wenn sie beim Auftritte des Gesetzes (1. Oktober 1892) seit mindestens drei Jahren in Stellen sind, welche nach dem bisherigen Rechte ohne landesherrliche Verleihung der Berechtigung zu einer Anstellung nicht haben übertragen werden können, in diesen Stellen belassen werden. Gehören diese Stellen zu denjenigen, welche gemäß den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes den Militärämtern theilweise vorbehalten sind, so müssen freierwerbende Stellen den Militärämtern in Folge und in ununterbrochener Reihenfolge übertragen werden, bis der Militärämtern vorbehaltenen Theil erfüllt ist. Wenn gleich sich auch die Regierungsvorstellung nicht mit allen Abänderungen in der Kommission einverstanden erklärt haben, so ist doch im Interesse der Befriedigung und Erhaltung eines guten Unteroffiziersstandes für die Armee zu hoffen, daß das Gesetz noch in dieser Session zu Stande kommt. Die Regierung befindet sich, wie sie in der Kommission erklären ließ, in einer Zwangslage, da im Durchschnitt der letzten vier Jahre jährlich 5000 Zivilversorgungsdame ausbezogen sind, während nur 1700 Militär zur Anstellung gelangt sind. Sie muß also auf die Verabschiedung des Gesetzes dringen. Um Uebigen sind seitens der Regierungsvorstellung in den Kommissionsverhandlungen mehrere Erklärungen abgegeben, welche bei der praktischen Handhabung des Gesetzes von Wichtigkeit werden könnten. So ist festgestellt, daß, wenn sich zu einer der Militärämtern vorbehaltenen Stelle eine Militärperson meldet und dieselben deswegen mit einer Zivilperson besetzt würden, trotzdem, wenn die Stellen alternierend besetzt würden, die nächste Stelle einer Zivilperson zufalle. Ferner ist erklärt, daß bei ergebnisloser Bekanntmachung einer für einen Militärämtern vorbehaltenen Stelle die Anstellungsbehörde freie Hand bei der Verleihung habe, ohne daß sie gerade für verpflichtet zu erachten wäre, diese Verleihung sofort definitiv zu vollziehen. Schließlich ist anerkannt, daß über die Qualifikation eines Anwärters primo loco die Anstellungsbehörde zu entscheiden habe, nur ist der Bewerberbewerber offen gehalten, um bei unbilligen Anforderungen an die Militärämtern Remedur einbringen zu können. Der Entwurf wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses gesetzt werden und in der nächsten Woche, da jedenfalls

auch das Plenum des Hauses an einigen Verhandlungen festhalten dürfte, dem Herrenhause zur nochmaligen Beschlußfassung zugestellt werden.

— Die konservative Fraktion des Herrenhauses hat heute, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, an Stelle des verstorbenen Herrn von Kleist-Regow den Grafen Kintowitow-Rodlad in den Eifer-Ausschuß der deutsch-konservativen Partei gewählt.

— Die Kaiserin Friedrich hat der Kaiserin von Japan ein selbstgemaltes Gemälde zum Geschenk gemacht, das am 13. April von Herrn Legationssekretär von Waldbausen in spezieller Ambanz überreicht wurde.

— Die aus Kopenhagen gemeldete Verlobung Sr. f. h. des Erbprinzen von Luxemburg mit f. l. h. der Prinzessin Luise von Dänemark kommt als eine Ueberraschung. Die fürstliche Braut ist die älteste Tochter des Kronprinzen Friedrich von Dänemark aus dessen Ehe mit der Prinzessin Luise von Schweden und Norwegen; am 17. Februar 1875 zu Kopenhagen geboren, steht sie im 18. Lebensjahre. Sie interessiert uns auch insofern, als sie eine Ururenkelin der Königin Luise ist und als solche die einzige ist, die den Namen Luise nunmehr bereits in der fünften Generation trägt. Denn ihre Mutter, die Frau Kronprinzessin von Dänemark, die am 30. März 1871 verstorbenen Großmutter, die Gemahlin des Königs Karl XV. von Schweden und die Urgroßmutter, die am 6. Dezember 1870 als Gemahlin des Prinzen Friedrich der Niederlande starb und die jüngste Tochter König Friedrich Wilhelms III. war, tragen sämtlich den Namen Luise. Der erlauchte Bräutigam ist der Thronfolger von Luxemburg und der einzige Sohn und neben dem Großherzog überhaupt das einzige männliche Mitglied des luxemburgischen Hauses. Der Erbprinz von Luxemburg, am 22. April 1852 geboren, steht bereits im 40. Lebensjahre, und sein Entschluß, sich vermählen zu wollen, ist daher mit doppelter Gemüthsruhe zu begrüßen. — Nebenbei bemerkt, hat auf der Reise nach Kopenhagen mit dem Erbprinzen auch der Großherzog von Luxemburg eine Nacht in Berlin im strengsten Intimität gewohnt — das erste Mal seit dem Jahre 1866.

— Die Staaten, in deren Häfen deutsche Schiffe verladen werden, sind, sondern sich in drei Gruppen, je nachdem nur die ordentlichen Schiffe, oder neben diesen Messerbriefen auch die Messerbriefe für Dampfschiffe, bei denen der Retraumgehalt unter Anwendung des britischen Abzugsverfahrens ermittelt ist oder endlich die Messerbriefe für Dampfschiffe für die Fahrt durch den Suezkanal Anerkennung finden. In die erste Kategorie sind Belgien, Chile, Schweden und Norwegen, die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland zu rechnen. In Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien und Dänemark werden die ordentlichen Schiffe, Messerbriefe einschließlich der Spezialmesserbrieft für Dampfschiffe anerkannt. Für die Fahrt durch die Suezkanal Anerkennung finden. In die zweite Kategorie sind Belgien, Chile, Schweden und Norwegen, die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland zu rechnen. In Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien und Dänemark werden die ordentlichen Schiffe, Messerbriefe einschließlich der Spezialmesserbrieft für Dampfschiffe anerkannt. Für die Fahrt durch die Suezkanal Anerkennung finden. In die dritte Kategorie sind Belgien, Chile, Schweden und Norwegen, die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland zu rechnen. In Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien und Dänemark werden die ordentlichen Schiffe, Messerbriefe einschließlich der Spezialmesserbrieft für Dampfschiffe anerkannt. Für die Fahrt durch die Suezkanal Anerkennung finden.

Köln, 28. Mai. Das Militär-Lufschiffer-Regiment, welches gestern Nachmittag in Stärke von 1 Offizier, 2 Unteroffizieren und 10 Mann hier eingetroffen ist, begann heute früh 7 Uhr mit der Füllung des Ballons. Es waren zur Hilfeleistung 50 Mann von den drei Infanterie-Regimenten der Garnison unter Führung mehrerer Unteroffiziere und Offiziere kommandirt, welche bei dieser Gelegenheit zugleich die nötige Instruktion erhalten. Die Füllung des Ballons geschah mittelst eines Schlauchs, welcher an der dorthin geleiteten Adrobrleitung münden auf dem Plage befestigt war, und dauerte bis 9¹/₂ Uhr Vormittags, hatte also etwa drei Stunden Zeit in Anspruch genommen. Dann wurde der Ballon mittelst eines Ventils geschlossen und der Korb an demselben befestigt. Der Ballon selbst befindet sich auf einem Drahtseil, welches aus einer großen, mit einer Dampfmaschine in Verbindung stehenden Rolle befestigt ist und kann so festgehalten, in die Höhe gelassen oder herunter gezogen werden, indem das Drahtseil sich entweder abwickelt oder wieder aufrollt. Der Offizier der Lufschiffer-Abteilung und ein Infanterie-Offizier der hiesigen Garnison nahmen in dem Korb Platz, flogen etwa 200 Meter mit einer kleinen Wendung nach Nordost in die Höhe und kamen sofort wieder zur Erde herunter. Während des Aufstiegs wurden durch den Offizier von hiesiger Garnison, welcher mit den Verhältnissen der Umgebung wohl vertraut ist, militärische Terraintudien gemacht. Die Aufstiegsversuche werden ununterbrochen bis 3 Uhr Nachmittags fortgesetzt. Dann wird der Ballon auf dem Kanonenplatze verankert, um morgen früh nach einem der Außenposten transportiert zu werden, von wo die Aufstiegsversuche fortgesetzt werden sollen.

Leipzig, 27. Mai. Das Reichsgericht verwarf die Revisionsklage der Staatsanwaltschaft gegen das bekannte auf Freisprechung von der Anklage der Majestätsbeleidigung und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen lautende Urtheil des Landgerichts Rassel gegen den Redakteur der „Deutschen Wälder“, Dopf-Melungen. Der Reichsanwalt hatte die Aufhebung des Urtheils beantragt.

Karlshaus, 27. Mai. (W. T. B.) Die Kronprinzessin Viktoria von Schweden ist heute Mittag in Baden-Baden eingetroffen. Bis zu den Pfingsttagen werden der Großherzog und die Großherzogin dort mit ihrer Tochter zu verweilen. Nach dem Feste wird am hiesigen Hofe der Besuch des Königs und der Königin von Württemberg erwartet.

Karlshaus, 27. Mai. (W. T. B.) Bei der Verabreichung des vom Zentrum gestellten Antrages auf Zulassung religiöser Orden erklärte heute in der zweiten Kammer der Präsident des Kultusministeriums, Dr. Volk, die Regierung sei nicht in der Lage, die Einführung religiöser Orden und die Errichtung einzelner Anstalten der eingeführten Orden ohne vorgängige staatliche Genehmigung zu gestatten da sie nicht auf den Einfluß verzichten könne, dessen sie zur Bewahrung des konfessionellen Friedens bedürfe. Was die Abhaltung von Missionen und die Aufhebung

in der Seelsorge durch die Mitglieder nicht eingeführter religiöser Orden betreffe, so seien die bezüglichen Vorschläge der Regierung im Jahre 1888 abgelehnt worden. Die Regierung halte darnach die Einbringung neuer Gesetzesvorschläge für nicht angebracht, sei indessen bereit, die Vorschläge der Kammer in dieser Frage in Erwägung zu ziehen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Mai. (W. T. B.) Kaiser Franz Josef empfing heute Nachmittag den Prinzen Ferdinand von Koburg in Privataudienz.

Wien, 27. Mai. (W. T. B.) Prinz Ferdinand von Bulgarien ist heute Vormittag nach London abgereist.

Wien, 27. Mai. (W. T. B.) Der Staats-eisenbahnrat hat in seiner heutigen ersten Sitzung den Antrag der Generaldirektion der österreichischen Staatsbahnen, in eine Spezialdebatte über Erhöhung der Gütertarife einzutreten, mit 29 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Wien, 27. Mai. (W. T. B.) Im Abgeordnetenhaus erklärte der Kultusminister, er hoffe einen Gesetzentwurf betreffend die freie Religionsübung und die Gleichberechtigung der Konfessionen zum Beginn der Herbstsession vorlegen zu können. (Allgemeiner Beifall.)

Frankreich.

Paris, 22. Mai. Daß ein Beamter in verantwortlicher Stellung Unehrlichkeiten begeht, kann leider überall vorkommen und würde noch nicht den allgemein gehaltenen Vorwurf der Verderbnis gegen eine Verwaltung oder ein Gemeinwesen rechtfertigen. Wenn die Vorgesetzten des schuldigen Beamten von dessen Mißthaten Kenntnis haben und ihn lange Zeit ruhig gewähren lassen, so ist das schon sehr viel bedenklicher. Das strengste Urtheil aber ist vollkommen am Platze, wenn alle Welt weiß, was vorgeht, und darin nichts besonderes sieht, auch den Verbrecher ungeschoren läßt, ihn kaum durch ein Wort der Mißbilligung fränkt. Das aber ist das Schlimmste, was die Pariser Stadterwaltung gegenwärtig der Welt bietet. Der Fall Guire ist hier ausführlich erzählt worden. Dieser Mann war Vorsteher des Armen-Unterstützungs-Amtes im 12. Stadtbezirk, außerdem Erwerbsloser der Freimaurerloge „Zur Tugend“. Er fällte die Anweisungen und Empfangsbefähigungen, bestahl die Armen, für die er zu sorgen hatte, und hielt mit dem gestohlenen Armegehalte eine Anzahl Frauenzimmer aus. Obgleich seit Monaten Angelegenheiten mit den genauesten Angaben gegen ihn eingelaufen waren, hatte man ihn ruhig weiter einwirken lassen, und er legte sein Amt erst nieder, als seine Diebstähle im Stadtratze offen zur Sprache gebracht wurden. Auch dann wurde er nicht weiter bestraft, ergriff aber dennoch vor acht Tagen angeblich die Flucht, da von gerichtlicher Verfolgung die Rede zu sein anfang. Ich sage „angeblich“, denn ich habe die Ueberzeugung, daß Guire sich nicht von der Stelle gerührt hat, sondern ruhig in Bantoffeln und Schlafrock in seiner Wohnung sitzt und die Nachricht von seiner Flucht bloß in die Zeitungen gebracht hat, damit die öffentliche Meinung nicht erlaunt sei, ihn nicht verurteilt und auf der Bank der Angeklagten zu setzen. Gestern fand der Bericht über Guires Diebstähle auf der Tagesordnung des Stadtrathes. Der Berichterstatter verlangte die gerichtliche Verfolgung des Diebes. Niemand unterstützte diesen Antrag. Ein anderer Stadterworbener wünschte, daß wenigstens eine allgemeine amtliche Untersuchung des Unterstützungsamtes eingeleitet werde, da unzweifelhaft auch in den meisten anderen Stadtbezirken die Armen ebenso betrogen und bestohlen werden wie im zwölften. Der Stadterworbener Poubelle sprach sich entschieden gegen die Untersuchung aus und bei der Abstimmung wurden für den Antrag keine zwanzig Stimmen abgegeben. Es wird also mit ausdrücklicher Genehmigung des Präsidiums und Stadtraths im Armenwesen weiter gehandelt werden und sollte ein Genuß so arg treiben, so weiß er, daß ihm nichts Schlimmeres droht, als die Entfernung aus dem Amte. Solche Zustände machen es begreiflich, daß Hunderttausende mit toller Begeisterung hinter einem Mann herziehen, der das Losungswort: „Nieder mit den Dieben! Hoch die ehrliche Republik!“ ausgas — so wenig auch gerade der Erfinder dieses Programms, Boulanger, berechtigt war, es für das seinige auszugeben.

Paris, 26. Mai. Während ein im Amtsblatte veröffentlichter Bericht das Auftreten der Cholera entschieden in Abrede stellt, bringt die heutige „Semaine Medicale“ eine ausführliche Arbeit des Professors Peter, der die hier auftretende Krankheit für asiatische Cholera hält. Die Gefahr der Ausbreitung in Paris scheint ihm nicht bedeutend, zumal die Krankheit in den letzten beobachteten Fällen sich weniger heftig gezeigt hat. Aus Peters Bericht ist zu entnehmen, daß die Seuche vor vier Wochen zuerst im Asyl zu Nanterre aufgetreten ist, wo von 51 Erkrankten 49 starben, eine Thatsache, die man bisher zu verbergen suchte. Die Todesfälle traten unter den bekannten Erscheinungen der Cholera ein. Der ungeheure Procentsatz der Sterblichkeit wird von Peter dadurch erklärt, daß die Erkrankten meist heruntergekommene, schwächliche Personen gewesen seien.

Paris, 27. Mai. (W. T. B.) Am Sonntag wird das französische und das spanische Amtsblatt die Verordnung betreffend die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Spanien veröffentlichen. Das Abkommen wird am 30. Mai in Kraft treten. Der französische Minimaltarif wird auf spanische Waaren angewendet werden; die französischen Waaren werden bis zum 30. Juni wie die englischen Waaren und diejenigen anderer Länder nach dem spanischen Konventionaltarif behandelt werden. Die französische Regierung hat jedoch erklärt, bei Ablauf des spanischen Konventionaltarifs könne eine Erneuerung desselben nicht ohne Verabreichung gewisser Zölle erfolgen. In Folge dessen werden spanische Waaren zum Studium dieser Frage sich nach Paris begeben.

Der Deputirte Mabier de Montjau ist gestorben.

Italien.

Palermo, 27. Mai. (W. T. B.) Bei der heutigen Entdeckung des Garibaldi-Denkmalis hielt Crispi eine Rede, in welcher er sagte, der Tod Garibaldi habe eine Lücke hinterlassen, die das Volk allein ausfüllen könne. Hierzu müsse

die Nation ihr Selbstbewußtsein wiedererlangen. Crispi wies sodann den Vorwurf des Größenwahns zurück, weil er, wie Garibaldi und alle Arbeiter an der Einigung Italiens, ein mächtiges und großes Italien wollte, und schloß: Noch harren unser große Aufgaben, wir würden nie die Demüthigung ertragen, als eine Nation von 31 Millionen für nichts zu zählen.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Mai. (W. T. B.) An dem heute zu Ehren des Königs paares veranstalteten Aufzuge der „Waffenbrüder“ theilnahmen sich gegen 10,000 Personen mit 60 Fahnen. Nachdem der Zug bei dem Schlosse angelangt war, trat der König, mit stürmischen Hochrufen begrüßt, auf den Altan und richtete folgende Ansprache an die Versammelten:

„Keiner weiß besser als ich, mit welchem Heidenmuth Sie für das Vaterland gekämpft; deshalb fühle ich mich sehr geknüpft an diese lieben Genossen, deren Muth die Achtung unserer Gegner erzwingt. Nehmen Sie meinen innigsten Dank!“

Großbritannien und Irland.

London, 24. Mai. Eine der größten Leistungen auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues ist die eben vollzogene Umwandlung des Schienenweges auf der Hauptstrecke der Great-Western-Eisenbahn von London bis nach Plymouth 246 englische Meilen und London-Penzance 328 Meilen. Der 7 Fuß breite doppelte Schienenweg ist auf der ganzen Strecke binnen 31 Stunden in den 4 Fuß 7 Zoll breiten Strang, der jetzt auf allen Eisenbahnen in England eingeführt ist, verwandelt worden. Am Sonnabend Morgen um 3 Uhr wurde das Riesenwerk zu gleicher Zeit die ganze Strecke entlang in Angriff genommen. An 5000 Arbeiter waren zu vertheilt worden, daß jeder an seinem Platze war, als der Morgen graute, und wie gesagt, nach 31 Stunden konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden und am Montag wurde der Fahrplan nach wie vor mit der größten Pünktlichkeit eingehalten. Wie schwierig die Arbeit gewesen sein muß, kann schon daraus ersehen werden, daß die Schienen des früheren Systems die ganze Strecke entlang auf breiten, in den Boden eingelassenen Holzplanen festgeschraubt waren, außer der gewöhnlichen Befestigung mittelst Querplanen. Jeder, der nur einmal auf der Great-Western gefahren ist, wird die Aenderung bedauern, denn nur auf der Broad-Gauge ließ es sich bequem fahren. Da gab es kein Hin- und Hergerüttel und Geföße, der Zug fuhr glatt dahin und erst wenn der Reisende aus dem Fenster sah, wurde er die Fahrgeschwindigkeit gewahrt. Eine Fahrt in einem englischen Schnellzug ist sonst nur für solche mit Annehmlichkeit verbunden, die gegen Seefahrt gefeit sind. Die berühmten Great-Western-Schnellzüge, „der fliegende Holländer“ (nach Plymouth, 246¹/₂ Meilen in 5 Stunden 55 Minuten) und der „Cornishman“ (nach Penzance 328 Meilen in 9 Stunden) bildeten die einzigen Ausnahmen. „Sa, warum hat denn die Great-Western die Aenderung vorgenommen?“ wird der Leser fragen. Die Antwort darauf ist: „Geld.“ Geld schreit die ganze Welt und am lauteften schreien immer die Aktionäre der Eisenbahnen. Da mußte auch die Great-Western endlich Bequemlichkeit und, was weit wichtiger ist, Sicherheit dem Molo opfern. Das ganze Betriebsmaterial, Lokomotiven, Waggonen, Schienenweg, alles war viel kostspieliger auf der Broad-Gauge, als auf den andern Bahnen Englands, welche sammt und sonders den schmalen Strang eingeführt haben, und folglich konnte die Great-Western nicht so hohe Dividenden bezahlen, als z. B. die North-Western. Da half nichts, die geniale Erfindung Brunels mußte geopfert werden.

Ein großer Schwömer — es giebt jetzt so viele, daß ich den Namen vergessen habe — hat einmal gesagt, „es sei weit eher möglich, auf der Straße in London zu verunglücken, als in Afrika einem Löwen zum Opfer zu fallen“. Die Wahrheit dieses Ausspruches wird durch die eben veröffentlichte Liste der im Vorjahre in London Verunglückten vergegenwärtigt: „147 Tote, 5784 Verwundete.“ Wenn man nun in Betracht zieht, daß so und so viel Tausend Unglücksfälle außerhalb in London vorkommen, bei denen kein Unglück geschieht, so müßte man denken, daß jeder Einwohner der Riesengasse mindestens ein paar Dutzend solcher grauenhaften Begebenheiten im Jahre zu sehen bekommt. Ich weiß nicht, wie es anderen ergeht, seit 16 Jahren habe ich aber nur 6 Unglücksfälle gesehen, bei denen ein Unglück geschah, und etwa dieselbe Anzahl, wo alles noch gut abließ — und ich bin wieder ein Stubebock, noch ein Vorläufer, sondern wohne und bewege mich in dem belebtesten Stadttheile des Westend durchschnittlich 2 bis 3 Stunden am Tage.

London, 27. Mai. (W. T. B.) Das Unterhaus nahm heute ohne besondere Abstimmung die Bill betreffend die Ausbeutung des Systems des kleinen Bauern-Grundbesitzes in dritter Lesung an. — Das Einnahme-Budget wurde in dritter Lesung angenommen.

Rußland.

Petersburg, 22. Mai. Das Vitalin, Gaskochwasser und der Tod Greffers sind in letzter Zeit durch den unerhörten, bereits telegraphisch gemeldeten Skandal im zoologischen Garten in den Hintergrund gedrängt worden. Weizhennend für die ganze Angelegenheit ist der Umstand, daß keine einzige russische Zeitung es gewagt hat, die Sachlage richtig darzustellen. Alle reden nur vom Ausbruche des Patriotismus einer durch Schnaps erhitzen Schaar, während der Skandal thatsächlich dadurch hervorgerufen wurde, daß dem Verlangen der Menge nach der Marfellsche nicht entprochen und statt ihrer die russische Nationalhymne gespielt wurde. Auch ist es sehr bezeichnend, daß an den Ausstellungen diesmal nicht etwa Studenten in schädlichen Ueberzügen, mit abgerissenen Mägen, wie man sich die Nihilisten vorstellt, theilnahmen, sondern sogenannte Mundirniki (d. h. Uniformirte) in weissen Handschuhen und gewählter Kleidung.

Wie bekannt, ist ein neues Gesetz betreffend die Städteordnung in den Reichsrathe durchberathen und nach Annahme desselben vom Zaren bestätigt worden. Das Gesetz soll nun im ganzen Reiche Anwendung finden, ausgenommen in den Städten des Weichselgebietes und in denen des Kaukasus, in welchen die bisherige Städte-

Ordnung vom 16. Juni 1870 noch nicht eingeführt war. Nach der neuen Städteordnung darf die Zahl der nicht einem christlichen Bekenntnisse angehörenden Stadterordneten ein Fünftel der Gesamtzahl nicht übersteigen. Ausnahmen können nur vom Minister des Innern für die Städte zugelassen werden, in denen es nicht möglich ist, die erforderliche Anzahl christlicher Stadterordneter zu beschaffen. In Städten von nicht mehr als hundert Wählern darf die Zahl der Stadterordneten nicht mehr wie 12 betragen; auf je 50 Wähler mehr steigt die Zahl der Stadterordneten um drei und kann überhaupt bis 160 steigen, wie es in den Hauptstädten der Fall ist. In Gouvernementsstädten mit mehr als 100,000 Einwohnern beträgt die Zahl der Stadterordneten 80, in kleineren Gouvernements- und wichtigeren Kreisstädten 60, in allen übrigen Stadtgemeinden 40 Personen. Die Stadterordneten dürfen den Sitzungen nicht fern bleiben und werden, wenn die Versammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel Stimmen ein ungelegentliches Verhältniß feststellt, bestraft. Nur Unterbrechung der Kommunikation, Krankheit oder Todesfall in der Familie, bezgl. Abhaltung durch Berufstätigkeit im Staatsdienste, bilden zulässige Entschuldigungsgründe. Die Strenge dieser Bestimmungen kann in Rußland nur heilsam wirken. Die kommunalen Angelegenheiten werden mit einer so empörenden Gleichgültigkeit behandelt, der Besuch der Stadterordnetenversammlungen von Seiten der Stadtbürger ist ein so mangelhafter, daß ein Druck auf dieselben durchaus erforderlich ist. Die Bevölkerung ist eben politisch fast gar nicht geschult, trotz der sogenannten liberalen Reformen Alexanders II. Zum großen Theile trägt die Regierung allerdings selbst die Schuld daran, weil die freieren Einrichtungen in einer Form gegeben und gehandhabt wurden, die die Entwicklung politischen Bewußtseins ganz unmöglich machte.

In Kuba schreiben die Vorarbeiten zum Bau des neuen Kriegshafens rüstig vorwärts. Man hat neuerdings wiederum tausend Arbeiter aus dem Reichsinnern zu den bereits früher beschäftigten hinzukommen lassen, um die Arbeiten zu beschleunigen. Die Aufhebung des Hafer-Ausfuhrverbots ist von der Geschäftsleitung mit großer Freude begrüßt worden. Aus den holländischen Häfen sind sofort dreißig mit Hafer beladene Schiffe ausgelaufen und weitere Fahrzeuge werden nächstens nachfolgen.

Rumänien.

Bukarest, 27. Mai. Der Ministerrath beschloß die Ausweisung des Armeniers Baccarat und dreier Mitschuldiger an der Bombenaffäre.

Serbien.

Belgrad, 27. Mai. Die serbische Regierung kündigte sämtliche laufende Handelsverträge und Konventionen. Die bezüglichen Verhandlungen sind nach Berlin, London, Rom, dem Haag, Brüssel, Bern und Washington abgegangen. Der Abschluß neuer Verträge erfolgt auf Grundlage des mit Oesterreich-Ungarn vereinbarten Handelsvertrages.

Asien.

Die Entwicklung der japanischen Industrie hat während des letztverflossenen Jahres beträchtliche Fortschritte aufzuweisen, daß deren eingehende Würdigung im eigenen Interesse aller nach Japan exportirenden Industrien Europas, also auch der deutschen liegt, weil die Bedingungen eines nutzbringenden Abfahrs nach Japan wesentlich von der Gestaltung der dortigen industriellen Selbstproduktion abhängen. Wenn man nun auf Grund des reichhaltigen Materials, welches in vorliegenden Konfularberichten der neuesten Zeit über diesen Gegenstand vorliegt, ein Bild des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums der japanischen Industrie skizziert, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß Japan sein europäisches Vorbild in mancher Hinsicht mit größerem, in anderer wiederum mit geringem Erfolge nachgeahmt hat. An erster Stelle verdient die Textilbranche Erwähnung, insofern die Baumwollspinnerei weitestgehend theilweise erernteile Fortschritte gemacht hat; die Verarbeitung von Seide und Wolle steht dagegen noch recht weit zurück. Die Seidenindustrie befindet sich ebenfalls, die Papierindustrie zählt nur zwei größere Establishments, die mit Nagen arbeiten, mehrere kleinere Unternehmungen laborieren an Kapitalmangel und werden demnach liquidiren müssen. Auch die Seifenindustrie geht gut. Die Fabrikation von Portland-Zement, welche zur Zeit ganz in den Händen von Ausländern liegt, hat einen sehr großen Umfang gewonnen. Gießeisen bedarf den Bedarf. Die Glasindustrie prosperiert ebenfalls, liefert indeß nur minderwertige Waare. Die einheimische Brauindustrie kann vorläufig mit der in Yokohama von Deutschen geleiteten Brauerei, sowie den importirten Bieren den Wettbewerb nicht aushalten. Obwohl in vorstehendem nur die wichtigsten Industriezweige erwähnt sind, dürfte aus dem Mitgetheilten doch erhellen, daß der Import nach Japan mit Verhältnissen rechnen muß, welche ihn zur Entfaltung höchster Vorsicht nöthigen. Es handelt sich um die Frage, ob Japan den Versuch, sich von Europa und speziell der europäischen Industrie zu emancipieren, thatsächlich und in vollem oder auch nur in nennenswerthem Umfange wird durchführen können. Bis jetzt hat Japan diebezüglich seine Leistungsfähigkeit nur in Nachahmung europäischer Muster und Methoden borgeban, selbstthätig ist es auf dem Gebiete industrieller Erzeugung noch nicht betreten. Es scheint aber, daß den künftigen Fortgang der japanischen Industriebestrebungen vorausgesetzt, Japan in absehbarer Zeit des europäischen Imports nicht wird enttathen können.

Afrika.

Mit großem Jubel werden in Paris die neuesten Nachrichten aus Inner-Afrika, von den Tschadsee Expeditionen Monteil und Nigon begrüßt. Major Monteil, der im Auftrage des kolonialen Major die westliche Zugangslinie zum Tschad, vom unteren Niger bei Say her nach Barrua erschließen soll und seit Mai v. J. verschollen war, ist im Januar in Kano (Sokoto) angekommen und wollte von dort nach der Hauptstadt von Bornu, Kuka, weiterziehen. Ein Brief Monteils aus Kano ist im französischen Konfulat zu Tripolis eingelaufen.

